

II-2732 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
ZI. 1000.40.05/18-I.3/77

XIV. Gesetzgebungsperiode

WIEN, am 20. Juli 1977

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend den Verkauf von österr. Tageszeitungen an österr. Urlauber in der CSSR, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, DDR und der Sowjetunion (Nr. 1297/J-NR/1977 vom 29. 6. 1977)

1284 IAB

1977-08-11

zu 1297/J

An den  
Herrn Präsidenten des Nationalrates  
Parlament

W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Schranz und Genossen haben am 29. Juni 1977 unter Nr. 1297 J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend den Verkauf österreichischer Tageszeitungen an österreichische Urlauber in der CSSR, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, DDR und der Sowjetunion gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

War es in letzter Zeit möglich, im Sinne der Beschlüsse der Konferenz von Helsinki in den Ländern CSSR, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, DDR und der Sowjetunion zu erreichen, daß für die Besucher aus Österreich österreichische Tageszeitungen und Wochenzeitungen erhältlich sind?

Ich beehe mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Der Wortlaut der gegenständlichen Bestimmung der KSZE-Schlußakte, die in Helsinki am 1. August 1975 unterzeichnet wurden, lautet wie folgt:

"(Die Teilnehmerstaaten werden) ... das Angebot dieser periodisch erscheinenden Veröffentlichungen bei Kongressen, Konferenzen, offiziellen Besuchen und anderen internationalen Veranstaltungen sowie an Touristen während der Saison erleichtern."

Was die tatsächliche Möglichkeit für österreichische Touristen, österreichische Zeitungen in den genannten Ländern zu kaufen, betrifft, sind diese von Land zu Land verschieden. Generell hält sich das Zeitungsangebot in bescheidenem Rahmen, jedoch konnten in den meisten Staaten insbesonders seit den Helsinki Beschlüssen Tendenzen festgestellt werden, vornehmlich während der Reisesaison mehr Zeitungsexemplare zum Verkauf zuzulassen. Die Ausweitung des Zeitungsverkaufes hält sich offensichtlich in engen Grenzen, da neben anderen Erwägungen auch der Devisenmangel der Oststaaten eine gewisse Rolle spielt.

In den einzelnen Staaten ergibt sich folgendes Bild:

1) Bulgarien:

Ausländische nichtkommunistische Zeitungen waren bis vor kurzem in der Regel nicht erhältlich. Seit Ende April 1977 werden die "Süddeutsche Zeitung", "Le Monde" und "Herald Tribune" in einigen Ausländerhotels und Kiosken verhältnismäßig aktuell aber zu hohen Preisen angeboten. Österreichische Zeitungen konnten darunter bisher nicht festgestellt werden.

2) CSSR:

Abgesehen von der "Volksstimme" werden ca. 100 Exemplare österreichischer Zeitungen in 14 bis 16 Verkaufsstellen in Prag, Preßburg, Brünn und Karlsbad verkauft.

3) DDR:

Österreichische Zeitungen, abgesehen von einzelnen Exemplaren der "Volksstimme", werden nicht vertrieben. Bei der Leipziger Messe werden in Ausländerhotels westliche Zeitungen verkauft. Österreichische Zeitungen konnten allerdings bisher darunter noch nicht gesichtet werden.

4) Polen:

Neben der "Volksstimme" werden andere österreichische Tageszeitungen nur in geringem Ausmaß eingeführt. Polen wäre allerdings zu einer beliebigen Einfuhr österreichischer Zeitungen bereit, vorausgesetzt, daß durch Österreich eine gleiche Anzahl polnischer Zeitungen abgenommen wird.

5) Rumänien:

"Die Presse" und die "Volksstimme" sind in den größeren Hotels in Bukarest und in den Fremdenverkehrsbereichen in geringem Ausmaß erhältlich.

6) Sowjetunion:

Neben der "Volksstimme" ist auch "Die Presse" (ca. 50 Stück) zum öffentlichen Vertrieb zugelassen, wobei "Die Presse" fast ausschließlich in Ausländerhotels in Moskau, Leningrad, Kiev, Minsk und Riga aufliegt.

7) Ungarn:

Neben etwa 500 Exemplaren der "Volksstimme", die frei an Kiosken verkauft werden, können "Die Presse" und der "Kurier", zusammen etwa 300 Expl., in den Ausländerhotels in Budapest und am Plattensee erworben werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß zwar gewisse Ansätze zur Verwirklichung der einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki festzustellen sind, daß aber das Angebot an österreichischen Zeitungen in den obgenannten Staaten als noch nicht ausreichend zu bezeichnen ist.

Der Bundesminister: